

1.Tagung des 8. Landesparteitages  
Parchim 21./22.Juni 2003

Rede des Landesvorsitzenden Peter Ritter am 21. Juni 2003

### **Verantwortung übernehmen - Entscheidungen treffen!**

Anrede,

noch auf der letzten Sitzung unseres 7. Landesparteitages habe ich etwas scherzhaft gesagt, dass achte Parteitage in unserer Geschichte immer etwas besonderes sind.

Was ich nicht ahnen konnte, war die Tatsache, dass wir uns eine Woche nach der ersten Tagung unseres 8. Landesparteitages zu einer Außerordentlichen Tagung des 8. Bundesparteitages treffen müssen.

So gewinnt unser Parteitag eine neue und größere Bedeutung.

Was wir aus unserem 8. Landesparteitag machen, liebe Genossinnen und Genossen, das liegt ganz und gar an uns.

Auf dieser Tagung wählen wir den Vorstand, schlagen den Spannungsbogen zwischen Zukunftsvorstellungen für unser Land und unsere Tagespolitik. Und: Wir wollen unseren Delegierten für den Außerordentlichen Bundesparteitag klare Aussagen des Landesverbandes mit auf den Weg geben.

Verantwortung, liebe Genossinnen und Genossen, in den letzten Tagen und Wochen haben wir viel über Verantwortung gesprochen. Darüber, wer wofür verantwortlich war oder auch wofür nicht.

In der nächsten Woche werden die 43 Delegierten unseres Landesverbandes verantwortungsvolle Entscheidungen treffen. Wir wählen einen neuen Parteivorstand.

Keinen Übergangsvorstand.

Sondern: Einen Vorstand der Verantwortung!  
Dieser neue Vorstand muss:

1. die politische Handlungsfähigkeit der PDS bundesweit wieder herstellen.
2. den Chemnitzer Parteitag gründlich vorbereiten, damit wir die Programmdebatte erfolgreich beenden können.
3. die langfristige inhaltliche und personelle Vorbereitung der Bundestagswahlen im Jahr 2006 beginnen.

Das sind meine Erwartungen an den neuen Parteivorstand.

Erfüllen kann der Vorstand diese und andere Aufgaben aber nur, wenn wir ihm nicht nur Verantwortung übertragen, sondern auch Vertrauen schenken und Führung akzeptieren.  
Und vor allem: Wenn wir gemeinsam Verantwortung übernehmen!

Ich freue mich sehr, dass unser stellvertretender Ministerpräsident und Umweltminister, Wolfgang Methling, dass Mignon Schwenke aus dem Kreisverband Anklam, Greifswald, Wolgast und der Neubrandenburger Landtagsabgeordnete, Torsten Koplín, Verantwortung übernehmen wollen.

Alle drei kandidieren für den Parteivorstand. Wolfgang als stellvertretender Bundesvorsitzender.

Dieser Blick nach vorn, verbunden mit der Hoffnung, dass wir gemeinsam die tiefe Krise der PDS überwinden können, erfordert aber auch einen Blick zurück.

Nein, es war nicht die viel zitierte „7 : 6-Abstimmung“ zu den Reformalternativen im Parteivorstand am 26. April, die die Krise der PDS auslöste.  
Diese Abstimmung war nur der berühmte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte.

Die seit vielen Jahren erfolgten und immer wieder gestoppten Anläufe zur Programmdebatte, die verlorenen Bundestagswahlen, die nicht erreichten Wahlziele in Sachsen-Anhalt, unsere Wahlniederlage im vergangenen September, der ausbleibende Aufschwung im Westen - auch bei der Bremer Wahl haben wir verloren - und vieles andere mehr machen klar, dass die Probleme weit vor Gera begannen, aber auch nach Gera nicht gelöst werden konnten.

Eines ist für mich, nach den vielen Sitzungen in Berlin seit Ende April klar:

Wir hätten viel eher miteinander reden müssen, statt zu deckeln.

Über die inhaltliche Ausrichtung von PDS-Politik zum Beispiel, über die Organisation und Führung der Prozesse durch den Vorstand oder über Erwartungshaltungen an den Vorstand oder über die Zusammenarbeit mit den Ländern und die Verantwortung der Länder.

Die für jeden, der sehen wollte, sichtbaren Gräben zwischen den Akteuren im jetzigen geschäftsführenden Vorstand, im Vorstand selbst und zwischen den Ländern ließen sich nicht mehr mit Balken überbrücken.

Solche dicken und langen Balken gibt es gar nicht.

Insofern war es richtig, notwendig und höchste Zeit, dass die Landesvorsitzenden Ost gemeinsam mit Gabi Zimmer die Initiative ergriffen haben, Wege aus der Krise zu suchen.  
Natürlich, wir sind kein Beschlussgremium, aber wir tragen Verantwortung für unsere Landesverbände, für die PDS.

Und deshalb haben wir uns zuallererst auch zu unserer eigenen Verantwortung befragt.  
Ja, anstatt belanglose Telefonkonferenzen zu führen, wo man nicht ins Auge des anderen schauen muss, wären ernsthafte Debatten zum konkreten Auftreten und Agieren der PDS erforderlich gewesen.

Notwendig gewesen wäre eine Verständigung:

- über unsere Erfahrungen und Probleme als Regierungspartei,
- über die Anforderungen nach einer Tolerierung,
- über die Aufgaben als Oppositionsführer in einem Landtag wie in Sachsen,
- über die Probleme beim Aufbau von PDS-

Strukturen von Schleswig- Holstein bis Bayern

Der Parteivorstand hätte diese Prozesse führen, wir hätten sie ausgestalten müssen!  
Dazu gehört im Übrigen auch Zuhören und Zuhören wollen.

Das, liebe Genossinnen und Genossen, verstehe ich unter Politik mit Verantwortung machen!

Deshalb unterstütze ich den von Gabi Zimmer und Lothar Bisky vorgestellten Antrag, wo es heißt: "Der Parteitag der PDS beauftragt den Parteivorstand, erstens, die Lehren aus unserer Krise zu ziehen und den Reichtum an Erfahrungen produktiv zu nutzen, den wir in Kommunen, Ländern, im Bund und in Europa, in parlamentarischer Opposition, Regierungsbeteiligung und Tolerierung, in verschiedenen Konstellationen parlamentarisch und außerparlamentarisch, in Bewegungen, gesellschaftlichen Organisationen und Vereinen gewonnen haben."

Das, lieber Monty, ist übrigens kein "Hochjubeln des Parlamentarismus" oder eine andere Schwerpunktsetzung als in Gera beschlossen.

Wir haben in den letzten Wochen viel gelernt:

Wir haben vereinbart, diese Arbeitsweise, diese Abstimmung, diese Kommunikation künftig auf dem jetzt erreichten Niveau fortzuführen, Vorsitzende Ost und Sprecher und Sprecherinnen West.

Es geht um Sein oder Nichtsein der Partei des Demokratischen Sozialismus.

Es geht um das Vertrauen, das uns tausende Wählerinnen und Wähler gegeben haben, um die Verantwortung, die wir übernommen haben.

Und wenn ich dann von dem ehemaligen Mitglied unseres Landesverbandes Konstantin Brandt über das erste Treffen Anfang Mai lese, dass es sich dabei um ein Treffen der „...zum rechten, opportunistischen Flügel gehörenden PDS-Funktionäre“ handelt, geht mir mehr als die Hutschnur hoch!

Und wenn ich dann von Winfried Wolf im „Junge-welt“-Interview lese, man müsse „...sich noch einmal auf breitest möglicher Basis gegen diesen Putsch von rechts organisieren“, bin ich nahezu fassungslos.  
Den ersten „Putsch von rechts“, an den ich mich als politisch denkender Mensch erinnere, war der Putsch Pinochets gegen Allende.

Was ist los in unserer Partei, wenn wir in einen solchen Sprachgebrauch verfallen, wenn wir so miteinander umgehen.

Das hat nichts mehr mit Flügelkämpfen oder mit unterschiedlichen Vorstellungen zur Umsetzung sozialistischer Politik zu tun.

Das ist in höchstem Maße unverantwortlich.

Das mache ich nicht mit.

Liebe Genossinnen und Genossen, das dürfen wir alle nicht mitmachen!

Ein Gründungskonzept der PDS war der Pluralismus in der Partei.

Diesen aber einseitig, egal in welche Richtung, auszulegen und zu strapazieren, läßt uns nicht vorwärts kommen.

Anrede,

Eins ist klar: Es geht um den Einfluss der PDS in der Gesellschaft. Es geht darum, ob wir gebraucht werden oder nicht. Der Beschluss von Gera „Kein weiter so - Zukunft durch Erneuerung“ setzt dabei die Schwerpunkte:

- durch aktive und verändernde Gestaltung von sozialen Fragen in Parlamenten und gemeinsam mit den sozialen Bewegungen
- durch die - Alternativen setzende - Auseinandersetzung mit Hartz, Rürup und deren Folgen
- durch das Engagement als Partei der friedlichen Konfliktlösungen
- Durch das Weiterführen der Programmdebatte und der Reformalternativen
- durch den Beginn einer Parteireform von oben nach unten
- durch die Erarbeitung und Erprobung eines neuen, auf die Situation der PDS angepassten Kommunikationskonzeptes
- durch die Orientierung auf die Landtags- und Kommunalwahlen und die Europawahl 2004

Liebe Genossinnen und Genossen,  
es gibt aus meiner Sicht keinen Grund, von diesen Schwerpunkten des Geraer Beschlusses abzurücken.

Es gibt aber tausend Gründe, endlich die Debatte zu beenden, wer links und wer noch linker ist.

Es geht um die Menschen in unserem Land. Aber es geht auch um die PDS.

Und deshalb müssen wir:

1. den Programmparteitag im Oktober so vorbereiten, dass sich die PDS auf der Grundlage des vorgelegten Programmentwurfs ein zeitgemäßes, sozialistisches, auf das Eingreifen in reale politischen Auseinandersetzungen gerichtetes neues Programm geben kann

2. die dringend notwendige Parteireform befördern, um die Arbeitsweise der Partei und ihre innerparteiliche Struktur so zu verändern, damit sozialistische Politik an Wirksamkeit und Nachhaltigkeit gewinnt

3. die politische Führung und Arbeit des Parteivorstandes auf einen konzentrierten und professionellen Europawahlkampf ausrichten und die politischen, organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen für die Rückkehr einer PDS-Fraktion in den Bundestag schaffen.

Das, liebe Genossinnen und Genossen, sind Grundforderungen aus dem von Gabi Zimmer und Lothar Bisky vorgestellten und in der Zwischenzeit von vielen unterstützten Antrag zur Außerordentlichen Tagung.

Er kann und muss Grundlage sein, gemeinsam den Weg aus der Krise zu finden.

Mit dem von Helmut Holter und Harald Wolf vorgestellten Innovationsprogramm Ost haben wir uns in die Bundespolitik zurück gemeldet. Helmut wird zu diesem Programm sicher ausführlich sprechen.

Wir können und müssen zeigen, dass wir eine Partei sind, die sich nicht nur mit sich selbst beschäftigt, sondern die Sorgen, Fragen und Ideen der Menschen im Land ernst nimmt.

Ich rufe euch deshalb auf, nach der gründlichen Auseinandersetzung mit dem Antrag und den Debatten auf unserem Parteitag, den Antrag mit eurer Unterschrift zu unterstützen. Lasst uns ein deutliches Zeichen setzen und unseren Delegierten eine Handlungsoption mit nach Berlin zu geben.

Anrede,  
fast auf den Tag genau vor zwei Jahren übergab mir Helmut Holter den Staffelstab als Landesvorsitzender. Zwei Jahre als Landesvorsitzender liegen nun hinter mir.

Verglichen mit manch anderer Politikerbiografie sind zwei Jahre eher eine Kurzstrecke. Eine Kurzstrecke, aber mit vielen Hürden gespickt und rasend schnell vergangen. Dass ich den Staffelstab dabei nicht aus den Händen verlor und damit das Rennen hätte eher beenden müssen, habe ich vielen zu danken:

Den Genossinnen und Genossen vor Ort in den Basisorganisationen, den Mitstreiterinnen und Mitstreitern im Landesvorstand und der Landtagsfraktion, den Ministern, den oft im verborgenen arbeitenden Genossinnen und Genossen der Kreisgeschäftsstellen und der Landesgeschäftsstelle.

Und ein herzliches Dankeschön auch meiner Wahlkreismitarbeiterin, Gertrud Howe, die mich in den letzten Jahren selten genug zu Gesicht bekam und mich oft genug ausgezeichnet vertreten hat.

Euch allen, und allen Ungenannten, sage ich aufrichtig Danke!

Für jede Kritik, die ich barsch zurückgewiesen habe, für jedes Gespräch, das ich nicht geführt habe, obwohl es dringend notwendig gewesen wäre, für jeden Rat, den ich mir nicht geholt habe, bitte ich um Verständnis.

Ich kann nicht versprechen, dass ich auf der nächsten Etappe alles anders und vor allem besser machen werde.

Eines weiß ich aber: ohne eure Unterstützung wird jede Kurzstrecke zur Qual, bei der mir schnell die Luft ausgeht.

Um bei diesen sportlichen Bildern zu bleiben, gestattet mir folgenden kurzen Einschub:

Um weiter fit zu bleiben, hat Helmut zu seinem Geburtstag ein neues Fahrrad bekommen. Um da mithalten zu können, habe ich mir zu meinem Geburtstag auch ein Fahrrad schenken lassen. Bei unseren freizeitsportlichen Aktivitäten gilt sicherlich das olympische Motto: Dabei sein ist alles!

Die olympische Bewerbung Rostocks aber sollten wir alle mit vollstem Einsatz unterstützen. Denn hier zählt nicht nur dabei sein.

Ich freue mich, dass wir dabei mit den Sachsen an dieser Stelle einen Partner haben. Das wird euch nicht wundern.

Ich sage in diesem Zusammenhang deutlich, dass wir zu dem stehen, was im Koalitionsvertrag vereinbart ist. Das gilt aber nicht nur in diesem Zusammenhang, doch dazu an anderer Stelle mehr.

Anrede,

viel Zeit zum Warmlaufen blieb vor zwei Jahren nicht. Und, um auch hier im Bild des Sports zu bleiben: Jeder Sportler aber weiß, dass ein Kaltstart manches Risiko in sich birgt.

Gestärkt in den Landtag und wieder als Fraktion in den Bundestag ziehen. Das waren zwei der Hauptziele, die wir uns gemeinsam gestellt hatten.

Nüchtern betrachtet muss ich sagen: Qualifikationsnorm nicht erfüllt.

Die PDS M-V ging als erster Landesverband aus einer Regierungsverantwortung heraus in einen Wahlkampf, und wir haben jede Menge Lehrgeld zahlen müssen.

Realistisch und optimistisch wollten wir in den Wahlkampf ziehen, allerdings hatten wir vergessen, die notwendige Portion Selbstvertrauen und Optimismus mit zu nehmen.

Dabei konnte sich unsere Bilanz, konnten sich die gemeinsam erzielten Ergebnisse doch sehen lassen!

Mit dem Jugend- und Schulsozialarbeiterprogramm, den gemeinwohlorientierten Arbeitsförderprojekten, haben wir als erste den Praxistest des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors in der Bundesrepublik gewagt und bestanden.

- Wir haben dafür gesorgt, dass es in den Klassen 1 bis 4 mehr Unterricht in Deutsch und Mathe gibt.
- Wir haben dafür gesorgt, dass Menschen mit Behinderung und chronisch Kranke ein ernst zunehmendes Sprachrohr erhalten.
- Wir haben dafür gesorgt, dass nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz keine Worthülsen bleiben.
- Wir haben dafür gesorgt, dass den Kommunen eine Mindestsumme der Finanzausstattung garantiert wird, und wir werden dafür sorgen, dass es so bleibt!

Diese Resultate unserer Arbeit und natürlich unserer gesammelten Erfahrungen haben dafür gesorgt, dass der Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2002 eine stärkere Handschrift der PDS als der Vertrag von 1998 trägt.

Auch wenn einige meinen, wir hätten uns hier und da über den Tisch ziehen lassen, sage ich als Verhandlungsführer vom Herbst des vergangenen Jahres, dass wir deutliche Aussagen als PDS in den Koalitionsvertrag hineingeschrieben haben:

- mit den Festlegungen zum neuen KITA-Gesetz
- mit den Aussagen zum Tariftreuegesetz
- mit den Regelungen zur Konversionspolitik
- mit der Fortführung des Jugend- und Schulsozialarbeiterprogramms
- mit der Erarbeitung eines Aktionsplanes „Klimaschutz“
- mit dem Bekenntnis zu Frieden und sozialer Gerechtigkeit

und vielem anderen mehr.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir stehen zu diesem Vertrag!

Wir wollen das Vereinbarte umsetzen und werden nicht müde, unseren Koalitionspartner an den Vertrag zu erinnern! Gerade in diesen Tagen, wo es ernsthafte Debatten um die Sicherung der bedarfsgerechten Unterrichtsversorgung oder die Beibehaltung der Mindestausstattung der Kommunalfinanzen gibt. Hier werden wir hart kämpfen müssen, denn wer nicht kämpft, hat schon verloren!

Anrede,

auf dem Parteitag in Göhren-Lebbin haben wir vereinbart, jedes Jahr über die erreichten Ergebnisse bei der Umsetzung der Koalitionsvereinbarung auf einer Basiskonferenz zu beraten und entsprechende Schlußfolgerungen zu ziehen.

Ich schlage euch daher vor, die erste dieser Konferenzen am 6. September durchzuführen, um Bilanz zu ziehen und das Vorgehen in der zweiten Runde dieser Koalition zu beraten.

Die vom Landesvorstand gebildete Arbeitsgruppe Bilanz hat ihre Tätigkeit aufgenommen und wird die Basiskonferenz mit dem Vorstand vorbereiten.

Das alles, liebe Genossinnen und Genossen, sind Ergebnisse einer zielorientierten und verlässlichen Zusammenarbeit zwischen Landesvorstand und Landtagsfraktion, Ergebnis des Wirkens des gesamten Landesverbandes.

So haben zum Beispiel die arbeitsmarktpolitische Konferenz in Tutow, die Konversionskonferenz in Stavenhagen, die wohnungspolitische Konferenz in Schwerin oder die energiepolitische Konferenz in Rostock nicht unwesentliche Impulse für praktische Landespolitik gesetzt.

Und noch etwas hat sich in den letzten zwei Jahren verbessert:

Das Wechselspiel zwischen unseren unterschiedlichen Verantwortungsebenen.

- Nach der problematischen Debatte zum Zuwanderungsgesetz haben wir mehr und mehr versucht, wichtige politische Themen im Vorfeld im Vorstand oder zeitgleich mit der Fraktion zu beraten.
- Zwischen Vorstand und Ministern gab es einen ständigen Informationsaustausch.
- Meine jährlichen Beratungen mit den SprecherInnen der AG/IG ermöglichten inhaltlichen Vorlauf und rechtzeitige Abstimmungen und Zuarbeiten für den Vorstand und die Fraktion.
- Unsere Landrätinnen und Bürgermeister haben uns mehr als einmal Dampf gemacht und sind vor allem bei der Verwaltungs- und Funktionalreform wichtige Partner.
- Der Landesparteirat ist im wahrsten Sinne des Wortes Initiativ- und Kontrollorgan.

Und noch etwas prägte unseren Arbeitsstil:

die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Angefangen vom ständigen Kontakt während der Koalitionsverhandlungen über unsere gemeinsamen friedenspolitischen Aktivitäten bis hin zu inhaltlichen Unterstützung auf verschiedensten Politikfeldern.

Und da weiß ich nicht Monty, ob es, wie du schreibst, darauf ankommt, dass unsere Politik "Gewerkschaftsfreundlich" ist.

Ich meine, dass es eher darauf ankommt, in gegenseitiger Achtung und Kritik Politik zu gestalten.

Und Monty, du merkst, dass mich Dein Interview in der "Junge-Welt"-Beilage beschäftigt. Und nicht nur mich.

Denn eins ist klar: Wir sind offen für jede Anregung, wir sehen nicht immer gleich jede Kritik als unberechtigt an. Aber man muß auch bei den Tatsachen bleiben.

Und so ist die Behauptung, die PDS hätte zu den "tollen Plänen" des SPD-Landesvorsitzenden zur umgekehrten Ost/West-Angleichung keinen Widerspruch geäußert schlichtweg falsch!

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit dem Blick zurück auf unsere Wahlniederlage und unsere Analyse, die es stets fortzusetzen gilt, sind wir gezwungen, vieles besser zu machen.

Denn mit den Wahlen im nächsten Jahr wollen wir zeigen, ob und wie es uns gelungen ist, Vertrauen bei den Wählerinnen und Wählern zurück zu gewinnen.

Auf der letzten Tagung des 7. Parteitages in Sternberg haben wir uns darauf verständigt, dass es das Ziel unseres Kommunal- und Europawahlkampfes sein muss, die PDS konzeptionell und zahlenmäßig zu stärken, damit sie in den Kreisen und Kommunen mehr als bisher Gewicht erhält.

Gleichzeitig werden wir mit dem Wiedereinzug in das Europäische Parlament die Option für den Wiedereinzug in den Bundestag 2006 deutlich machen.

Konkret heißt das jetzt, zügig, unter Verantwortung der Kreisverbände, mit der Gewinnung von Kandidatinnen und Kandidaten zu beginnen. Derzeitige Mandatsträger sollten erneut für eine Kandidatur gewonnen werden. Auf ihren Erfahrungsschatz und ihre Bekanntheit wollen wir nicht verzichten.

Neue Kandidatinnen und Kandidaten sind zu gewinnen. Ihnen muss die Hilfe der Erfahrener vom ersten Tag ihrer Bereitschaft sicher sein. Offen für Ideen und begeisterungsfähig - so sollten wir uns präsentieren.

Besonders dann, wenn wir um das Interesse und Engagement junger Leute werben.

Wie 1999 gilt das Kommunalwahlalter 16.

Lasst uns die Erfahrungen von 1999 nutzen. Organisieren wir Erstwählerveranstaltungen. Besser dabei ist aber, junge Wählerinnen und Wähler gleich mit in die Vorbereitung einbeziehen, anstatt sie nur einzuladen.

Und uns dann wundern, dass sie unsere großzügige Einladung nicht annehmen!

Anders als 1999 werden wir dieses mal keine 5%-Hürde bei den Kommunalwahlen mehr haben. Das bedeutet einerseits mehr mögliche Vielfalt in den Vertretungen.

Andererseits besteht die Möglichkeit, dass politisch Interessierte, die bisher vielleicht auf unseren offenen Listen kandidierten, sich in anderen Zusammenschlüssen selbst der Wahl stellen.

Wir haben also keine Zeit bis zum nächsten Frühjahr.

Wir müssen jetzt mit der inhaltlichen und personellen Vorbereitung der Wahlen beginnen.

Wir brauchen mehr Abgeordnete im ländlichen Raum.  
Wir müssen die Spitzenpositionen in den großen Städten des Landes zu verteidigen.  
Wir müssen in den Gemeindevertretungen wieder stärker Fuß zu fassen.

Und wir müssen gestärkt in die Kreistage einziehen.  
Vor allem letzteres wird nicht einfach sein. Denn die Arbeit in den neuen Kreistagen kann in den nächsten Jahren zum Ergebnis führen, dass es im Zuge der Verwaltungs- und Funktionalreform den Kreis, in den man sich engagiert, nicht mehr gibt, das muss nicht immer motivierend sein.

Deshalb ist wichtig, dass wir

1. uns selbst Klarheit über unsere Ziele bei der Verwaltungs- und Funktionalreform schaffen, und
2. darüber einen breiten öffentlichen Dialog führen.

Der heute dem Parteitag vorliegende Antrag unserer Landesarbeitsgemeinschaft bildet für beide Schwerpunkte eine gute Grundlage.

Ich will der Debatte zum Antrag jetzt nicht vorgreifen, deshalb an dieser Stelle nur kurz zwei Bemerkungen:

1. Die PDS M-V will eine Verwaltungs- und Funktionalreform. Sie soll bürgernahe und bürgerfreundliche, d.h. überschaubare und unbürokratische Strukturen schaffen.
2. Die PDS hält deshalb das "Vier-Regionen-Modell" für ungeeignet, weil es nicht den Erfordernissen kommunaler Selbstverwaltung entspricht.

Der auf dem Parteitag zu wählende Vorstand hat die Aufgabe, gemeinsam mit der AG "Wahlen", diese Prozesse vorzubereiten, zu begleiten und zu führen.

Ich schlage euch daher vor, dass wir uns am 22. September zu einer ersten Wahlwerkstatt treffen.

Dieses Datum ist bewußt gewählt, erinnert euch zurück an den 22. 09. 2002!

Wir sollten zu dieser Beratung neben den Wahlkämpfern aus den Kreisen auch alle Kandidatinnen und Kandidaten der Landtags- und Bundestagswahl einladen.

Wir können es uns einfach nicht leisten, ihr Potenzial ungenutzt liegen zu lassen!

Und daher, lieber Dietmar Bartsch, würde ich mich freuen, wenn wir in der Arbeit der AG "Wahlen" auch von deinen Erfahrungen profitieren könnten.

Ich erinnere die Kreisverbände aber auch an meine Aufforderung, sich in den Bundestagswahlkreisen schon jetzt Gedanken zu machen, wer 2006 als Direktkandidat für die Bundestagswahlen antreten kann.

Auch diese Genossinnen und Genossen müssen im Kommunalwahlkampf eine entscheidende Rolle spielen, damit sie sich langfristig und nachhaltig in der Öffentlichkeit einen Namen machen können.

Anrede,

wenn wir über die Wahlen im Jahr 2004 sprechen, so geht unser Blick natürlich über den kommunalen Tellerrand hinaus.

Vor wenigen Tagen, haben sich unsere polnischen Nachbarn mit deutlicher Mehrheit für den Beitritt ihres Landes zur Europäischen Union entschieden.

Ich sage, die PDS Mecklenburg-Vorpommern sagt: Herzlich Willkommen.

Mit dieser Entscheidung, mit dem Beitritt Polens zur EU rückt unser Land, rücken unsere Kommunen vom Rand Europas ins Zentrum.  
Chancen und Risiken sind damit verbunden.

Beides wird Thema im Wahlkampf sein.

Schon jetzt gibt es in der Europäischen Union große Unterschiede in der Verteilung des Reichtums und der Beschäftigung.  
Zwischen den Mitgliedsstaaten und innerhalb der einzelnen Länder.  
Wer wüßte das besser als wir!

Deshalb ist wichtig, dass mit dem Beitritt der neuen EU-Mitgliedsstaaten, bisher besonders geförderte Regionen nicht durch das Raster fallen.

Der weiteren Entwicklung und Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe muss daher unsere besondere Aufmerksamkeit gelten.

Es reicht nicht aus Grenzen auf dem Papier zu beseitigen. Vielmehr müssen im praktischen Leben Möglichkeiten geschaffen werden, Grenzen zu überwinden.  
Sei es durch leistungsfähige Verkehrsverbindungen auf der Schiene, auf dem Wasser und auf den Straßen.  
Oder sei es durch verstärkten Kultur- und Bildungsaustausch.

Für die PDS als europäische sozialistische Partei ergibt sich im Erweiterungsprozeß der EU aber noch eine besondere Bedeutung.

Wir wollen eine soziale, demokratische und vor allem friedliche Entwicklung.  
"Europa schaffen - ohne Waffen", dieser Slogan des 99er-Wahlkampfes hat angesichts der jüngsten Entwicklungen nicht an seiner Bedeutung verloren.

Die unterschiedliche Haltung einzelner EU-Staaten und vor allem der Beitrittsländer zum Irak-Krieg machen deutlich, dass uns hier schwere Debatten erwarten.

Wir aber müssen uns diesen Debatten mit unseren polnischen Nachbarn stellen.  
Ein Herummogeln in dieser Frage kann es nicht geben.

Sylvia-Yvonne Kaufmann hat an das Präsidium des Europäischen Konvents den Antrag gestellt, in die Präambel der EU-Verfassung eine Passage aufzunehmen, mit der sich die EU dazu bekennt  
"...ein Europa ohne Nationalismus, Krieg und Faschismus aufzubauen.." und "...sich für eine freiheitliche, demokratische und friedliche Entwicklung Europas zu engagieren."

Die PDS Mecklenburg-Vorpommer unterstützt diesen Antrag, denn nur ein friedliches Europa ist ein zukunftsfähiges Europa!

Wir werden dass im Wahlkampf deutlich machen, und wir werden mit unserem Wahlkampf einen Beitrag leisten, dass die PDS die 5%-Hürde überspringt und wieder in das Europa-Parlament einzieht.

Und, liebe Genossinnen und Genossen, dass wir mit unserem Friedensexperten André Brie einen Europa-Abgeordneten und erfahrenen Wahlkampfleiter in unserem Landesverband haben, ist ein großer Vorteil.

Ausreichen allein wird das allerdings nicht.

Deshalb, lieber André, machen wir uns gegenseitig Dampf im Wahlkampf!  
Denn wir wollen, dass auch ab dem Juni 2004 ein PDS-Mitglied aus Mecklenburg-Vorpommern im Europäischen Parlament ein wichtiges Wort mitzureden hat!

Anrede,

nicht nur die internationalen Entwicklungen werden grundlegende Einflüsse auf die Entwicklung in Deutschland haben.

Auch und vor allem die Umsetzung der "AGENDA 2010", wird, wenn sie so erfolgt wie jetzt vorgesehen, Deutschland gründlich verändern.  
Mit der "AGENDA 2010" will die SPD die sozialstaatliche Strasse endgültig verlassen.

Angeblich soll der Sozialstaat gerettet werden.

Doch mit dem, was geplant ist, erfolgt nur eins:

- Der Abbau des Sozialstaates, und das auf dem Rücken der Schwachen unserer Gesellschaft.
- Nicht die Arbeitswelt wird umgebaut, sondern die Arbeitslosenwelt.
- Der Druck auf Arbeitslose wird erhöht.
- Doch damit entsteht kein einziger neuer Arbeitsplatz.
- Es droht ein radikaler Kahlschlag in der solidarischen Gesundheitsversorgung.
- Die Aufhebung der Tarifautonomie wird geplant.
- Die Durchlöcherung des Kündigungsschutzes steht auf der Tagesordnung.
- Chefsache Ost bleibt Nebensache des Kanzlers.

Und alles läuft nach dem Motto:

"Was der Parteitag oder besser gesagt: Was der Kanzler beschloss, wird sein!"

Anders jedenfalls ist der Sonderparteitag der SPD vom 1. Juni nicht zu deuten.

Und wenn dann führende Sozialdemokraten aus Mecklenburg-Vorpommern nicht müde werden zu erklären, dass alle wichtigen Belange des Ostens berücksichtigt wurden, kann ich nur fragen: Wo denn?

In der "AGENDA 2010" jedenfalls nicht!

Natürlich ist die Situation des Arbeitslosenhilfeempfängers in der Mecklenburgischen Schweiz genauso dramatisch wie die Situation des Arbeitslosenhilfeempfängers in Oberfranken.

Aber in Ostdeutschland lebten 2002 fünfmal so viele Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosenhilfe wie in Westdeutschland.

Deshalb sind für alle Betroffenen Hilfen und Grundsicherung und Arbeit notwendig.

Solange die Situation aber so ist wie sie ist, braucht der Osten andere Bedingungen.

Sonst erleben wir bald eine Ost/West-Angleichung, die nicht Ziel unserer Politik sein kann, nämlich, dass Verarmung in Ost wie in West gleichermaßen dramatische Züge annimmt.

“Eine verlässliche soziale Sicherung und verbrieft Mitwirkungsrechte für Arbeitnehmer haben in der Vergangenheit wesentlich zur wirtschaftlichen und sozialen Stabilität Deutschlands beigetragen. Wir setzen auch für die Zukunft auf soziale Sicherheit, Teilhabe und Mitbestimmung”- so jedenfalls steht es noch im rot-grünen Regierungsprogramm.

Und im Bundestagswahlprogramm der SPD hieß es noch .”Die Verzahnung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Arbeitslose ermöglicht konzentrierte Bemühungen im Interesse der Langzeitarbeitslosen... Deswegen wollen wir im Rahmen der Reform der Arbeitslosen- und Sozialhilfe keine Absenkung der zukünftigen Leistungen auf Sozialhilfeniveau”.

Richtig, sage ich da. Und auch wegen dieser richtigen Wahlaussagen, hat rot-grün 2002 wieder eine Mehrheit von den Wählerinnen und Wählern erhalten.

Denn, das Dramatische an der Sache ist, dass CDU/CSU und FDP bereit stehen, noch stärker an der Schraube des Sozialabbaus zu drehen, als SPD und Grüne es momentan bereits tun.

Was die CDU angeht, kann man sich auf fast jeder Landtagssitzung selbst ein Bild davon machen. Denn liebstes Einsparpotenzial bei den Christdemokraten sind Programme auf dem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor.  
Nur löst man damit keine Probleme!

CDU/CSU, FDP und Bündnis/Grüne: Alle signalisieren Unterstützung für die AGENDA 2010.

Reformen ja, aber nicht so -Herr Schröder?

Wird hier nicht deutlich, dass links von der SPD strategisch viel Raum frei ist und besetzt werden muss?

Wird hier nicht deutlich, dass die PDS ihre innerparteilichen Dissonanzen beenden muss.

Dass sie wieder eine Partei wird, die kritisiert, die protestiert und die Alternativen anbietet?

Wenn wir also nicht jetzt den Mut finden, uns aus unserer Krise selbst herauszuziehen, werden wir auch nicht den Mut für gerechte Reformen, für eine “AGENDA sozial” aufbringen können. Ich finde, wir sind auf einem guten Weg.

Das A und O ist, es gibt Alternativen:

Der wichtigste Beitrag zur Stabilsierung der öffentlichen Haushalte und der Sozialsysteme ist und bleibt der Abbau der Massenarbeitslosigkeit.

Die Vorschläge unsererseits dazu sind nicht neu, da sie aber immer wieder nicht gehört werden wollen, hier noch einmal:

Erwerbsarbeit kann anders und gerechter verteilt werden:

- durch den radikalen Abbau von Überstunden und
- durch deutliche Arbeitszeitverkürzung
- durch umlagefinanzierte Ausbildungsplatzgarantie
- durch Förderung von Weiterbildung, Qualifizierung und Umschulung

Gesellschaftlich notwendige Arbeit muss neben der klassischen Erwerbsarbeit bezahlbar gemacht werden.

Schon höre ich wieder die Frage: Wie soll das bezahlt werden!

Mit dem Abbau des Sozialstaates jedenfalls nicht!

Aber vielleicht mit folgenden Beispielen, die Lothar Bisky in der Auseinandersetzung mit der AGENDA 2010 verdeutlichte, und die ich gern wiederholen will,

nämlich: durch eine Einführung einer Börsenumsatzsteuer von einem Prozent auf Wertpapierumsätze. Das würde Mehreinnahmen von 13 Milliarden Euro für die öffentlichen Kassen bedeuten.

Oder die Erhebung einer Vermögenssteuer. Bei einem Steuersatz von 1,5 % und einem Freibetrag von 500.000 Euro für eine vierköpfige Familie brächte das Mehreinnahmen von 23 Milliarden Euro.

Trotz Wirtschafts- und Börsenflaute ist das private Geldvermögen im letzten Jahrzehnt von 3 auf 6 Billionen DM gestiegen.

Das obere Zehntel der Haushalte besitzt 40% des gesamten Privatvermögens.

Doch große Vermögen bleiben für Bundesregierung wie für die Union unantastbar.

Es ist aber ein Irrglaube anzunehmen, dass weniger Sozialstaat zu mehr Beschäftigung, zur Stärkung der Binnenkaufkraft, zu besserer Finanzausstattung der Kommunen führt.

Die "AGENDA 2010" ist die falsche Therapie.

Ein "Augen zu und durch", um auch aus Mecklenburg-Vorpommern Treue zum Kanzler zu beweisen, ist genau so falsch. Jedenfalls aus unserer Sicht.

Ein paar Umgehungsstrassen werden uns da nicht milde stimmen!

Wir wollen, dass der Osten ein Modell für Innovation wird und nicht eines für den Sozialabbau bleibt.

Die Fraktionsvorsitzenden der PDS-Landtagsfraktionen sowie Helmut Holter und Harald Wolf haben dieser Tage dazu einen konkreten Vorschlag auf den Tisch gelegt.

Das ist unser Angebot, auch hier in Mecklenburg-Vorpommern. Die Resonanz ist riesig.

Anrede,

die Zeit, die hinter uns liegt, war anstrengend, manchmal erfolgreich, aber auch nicht ohne Niederlagen.

Die Zeit die vor uns liegt, wird nicht minder anstrengend. Ob sie erfolgreich wird, hängt vor allem von uns ab.

Den Erfahrungen der letzten zwei Jahre folgend, will ich den Landesvorstand daher in drei Richtungen weiter entwickeln.

1. Ich will dem Landesvorstand nach und nach ein "jüngeres Gesicht" verleihen. Ich freue mich daher, dass eine Reihe junger, engagierter Genossinnen und Genossen sich bereit erklärt haben zu kandidieren und damit Verantwortung zu übernehmen.
2. Ich will den Landesvorstand mehr und mehr zum politischen Kompetenzzentrum des Landesverbandes entwickeln, der noch stärker als in der Vergangenheit programmatische und praktische Impulse setzt. Der Vorstand muss sich stärker durch fachliche Kompetenz auszeichnen, anstatt auf regionale Vertretung zu beharren.

Verantwortung für einzelne Politikfelder, Vertretung dieser nach außen und innen, muss Verantwortung jedes Landesvorstandsmitgliedes sein.

3. Und ich will, mit Blick auf die Kommunalwahl die kommunalpolitische Kompetenz, eine der wesentlichen Grundlagen unserer Arbeit, durch den Vorstand verdeutlichen. Ich freue mich daher, dass viele erfahrene Kommunalpolitiker in unterschiedlichsten Funktionen in Vertretungen und Verwaltungen meiner Bitte gefolgt sind und für den Vorstand kandidieren.

Einem Vorschlag unserer Kreisgeschäftsführer folgend, sollten wir die satzungsmäßige Höchstzahl von 18 Vorstandsmitgliedern wählen.

Ich würde mich freuen, wenn ihr diesen Prämissen durch eure Wahlentscheidung für den Vorstand folgt.

Ich bin bereit, gemeinsam mit euch in die nächste Etappe zu starten.  
Ich will gemeinsam mit euch Verantwortung übernehmen.

Ich bitte um eure Unterstützung.